

Mit Rainer Haas über einen guten Abend.

Gespenstische Stimmung im Norden, Israels berichtet gleich unser Korrespondent, Tim Kupall.

Im Süden auch irgendwie den dort sollten Hilfslieferungen nach Gaza gelangen, passiert aber nicht.

Und noch keine Bodenoffensive und die Zahl der Verschleppten Israele liegt bei 190 wurde heute bekannt gegeben.

Das war das Wichtigste zum Kriegen Israel, wir werden sie gleich ausführlich darüber aber über vieles andere auch informieren.

Zuerst einmal über das Wetter, jetzt einmal Nikola Biermeier.

Die kommenden Stunden und auch die Nacht sind verbreitet klar mit nur wenigen Wolken und auch Nebel bildet sich nur in manchen Regionen, etwa im Müritz oder im Rheintal.

Damit wird die Nacht teilweise wieder frostig mit minus 6 bis plus 5 Grad.

Morgen Dienstag scheint zeitweise die Sonne, Frühnebel lockert zwar auf, am Nachmittag ziehen aber einige ausgedehnte Wolkenfelder durch.

In und um Wien bläst Leber auf der Südostwind und die Temperaturen erreichen meist 9 bis 16 Grad.

Das israelische Militär hat die ursprünglich geschätzte Zahl von rund 150 Verschleppten heute deutlich erhöht, genau 199 Geiseln sollen im Kaserstreifen gefangenerter Herr Masse.

Seit dem Wochenende hat er eine Massenflucht vom Norden in den Süden des Kaserstreifens begonnen.

Im Norden werden verstärkt Luftschläge und die israelische Bodenoffensiv erwartet, die UNO verhandelt, um humanitäre Hilfe in den abgeriegelten Kaserstreifen zu bekommen, gleichzeitig belagern, aber auch tausende den Grenzübergang Grafach zu Ägypten in der Hoffnung den Kaserstreifen verlassen zu können, wie Birgit Schwarz berichtet.

Der einzige Weg hinaus aus dem Krisengebiet führt über den Grenzübergang Grafach zu Ägypten.

Dort sollen Menschen mit ausländischen Pessen ausreisen dürfen und gleichzeitig Hilfskonvois hineingelassen werden.

Rund 2000 Tonnen Hilfsküter warten auf ägyptischer Seite an der Grenze.

Doch bisher bewegt sich nichts und die Lage im abgeriegelten Kaserstreifen wird immer hoffnungsloser.

Das sind alles Menschen, die hier leben.

Das ist doch kein Leben.

Ruf der 62-jährige Zakaria Al-Araisha, der in Raffach auf seine Ausreise wartet.

Selbst in den Einrichtungen der UNO im Kaserstreifen, in denen hunderttausende Schutzsuchung gibt

es inzwischen weniger als einen Liter Wasser pro Kopf und pro Tag.

Die Krankenhäuser sind hoffnungslos überfüllt, in weniger als 24 Stunden wird der Treibstoff für die Generatoren ausgehen.

Gleichzeitig bombardiert Israel weiter Ziele, in denen die Militärs Hamas-Kämpfer oder Infrastruktur vermuten.

Peter Lörner, Sprecher der israelischen Streitkräfte, sagt, der diabolische Plan der Hamas ist

es, ihre gesamte Infrastruktur inmitten von Zivilisten einzubetten.

Nach UNO-Angaben sind inzwischen rund eine Million Palästinenser der Aufforderung Israels gefolgt, in den Süden zu fliehen.

Aus Angst vor der zu erwartenden Bodenoffensive mit der Israel zwei Ziele verfolgt, die Führung der Hamas auszuschalten und möglichst viele der 199 in Gaza vermuteten Geiseln leben zu befreien.

Und das Schicksal dieser Menschen bemüht sich auch der amerikanische Präsident höchstpersönlich.

Das Weiße Haus hat ein Video veröffentlicht, in dem Joe Biden den Angehörigen der Geiseln verspricht, er werde nicht aufgehen.

Die USA wollen vermitteln und eine Ausweitung des Konfliktes verhindern.

Besonders im Auge haben sie dabei die vom Iran unterstützte radikal-islamische Hisbollah-Miliz, die Israel aus dem Libanon vom Norden her angreift, offenbar um einen Zweifrontenkrieg zu eröffnen.

Israel hat deshalb 28 kleine Ortschaften an seiner Grenze zum Süd Libanon evakuiert.

Genau, dort nämlich, hört sich unser Korrespondent Tim Kupol gerade um als im Norden Israels um, also an der Grenze zum Libanon, genau dort will eben Israel ganze Dörfer evakuieren und daher Herr Kupol, was erleben Sie gerade, also wie gehen die Evakuierenden vor sich?

Es ist eine gespenstische Stimmung überall, hier liegt eine spürbare Spannung in der Luft, an allen Kreuzungen sind Straßensperren der Armee eingerichtet, die 28 Ortschaften und Kibozim in einem 2 Kilometer Radius von der Grenze zum Libanon entfernt, die sind verlassen teilweise nur noch von Soldaten abgesichert oder aber Geisterstädte, geschlossene Schulen, verlassene Spielplätze, die Straßen leer bis auf Armeefahrzeuge.

Die Menschen, die wir hier sprechen, die wenigen, die hier geblieben sind, die haben Angst, dass sich die Ereignisse im Süden hier im Norden wiederholen könnten mit einer

Terroristeninversion

aus dem Libanon mit Ermordungen, Entführungen, Berichte, wo nach libanesisches Scharfschützen Überwachungssystem Kameras an der Grenze zerstört haben sollen, die spielen da mit hinein, aber genauso die Dutzenden gestern aus dem Libanon auf Israel abgefeuerten Raketen.

Und ist die Angst jetzt groß, dass auch im Norden eben dieser Krieg ausbrechen wird, wenn die Bodenoffensive dann tatsächlich losgegangen sein wird?

Genau, viele Menschen, mit denen wir gesprochen haben, haben genau diese Angst, dass hier eine Nordfront eröffnet wird, durch die mit iranischer Finanzhilfe gestützte libanesische Terrormiliz Hisbollah Militärstrategien hier in Israel gehen davon aus, dass die Iran die Hisbollah aktiv zu einer Eskalation im Konflikt mit Israel tränkt und dann hätten wir tatsächlich die Situation, dass wir eine Bodenoffensive Israel im Süden in Gaza haben, aber gleichzeitig Kräfte abgezweigt werden für eine weitere Front hier im Norden.

Berichtet Tim Cooper leben aus dem Norden.

Israels und damit kommen wir nach Österreich.

Die Kleingartener Fähre der SP Wien und ein weiteres dubioses Grundstücksgeschäft im Umfeld von Bürgermeister Michael Ludwig haben heute den Wiener Gemeinderat beschäftigt, in der von ÖVP und Grünen verlangten Sondersitzung kritisieren alle Parteien, also auch der Koalitionspartner Néos, die Sozialdemokraten und vor den weitergehenden Konsequenzen von der SPÖ wurde das für die konkreten Umwidmungsfälle neuerlich ausgeschlossen. Kritik gab es der

Testen für die Aufdecker der Affäre, berichtet Stefan Karpacher.

Mehr Transparenz bei der Vergabe von Kleingärten, da sei man dabei, versprach SPÖ Landespartei Sekretärin Barbara Nowak im Gemeinderat. Doch was die konkreten SPÖ Fälle von Bezirksvorsteher Ernst Nevrivi bis zur Nationalratsabgörmeten Petra Bayer betrifft, blieb Nowak dabei. Alles sauber. In Richtung der Aufdecker sagt die Nowak, sie sei dagegen.

Menschen verfolgen zu lassen durch Medien, indem man irgendwelche Informationen checkt oder Grundbücher screent.

Die Handwort des Koalitionspartners Néos gab Gemeinderat Jörg Konrad.

Nein, es reicht eben nicht, wenn sich die SPÖ nach einem kurzen Schreckmoment quasi selbst die Absolution erteilt.

Ähnlich und schärfer die Opposition, die der SPÖ-Vorwurf mit der Kleingartener Affäre die kleinen Leute verraten zu haben, die keinen Zugang zu solchen Grundstücken bekommen würden.

ÖVP Wienobmann Karl Mara.

Das System dürfte nicht auf den Kleingartenverein breiten wie beschränkt sein, auch das wissen wir seit einigen Stunden noch verstärkt.

Mara spielte damit auf Recherchen der Wiener Zeitung und der Ö1-Journale an.

Der Generalsekretär des Städtebundes Thomas Weninger hat 2011 von der Stadt günstig ein Grundstück gekauft und 370.000 Euro.

3 Jahre zuvor wollte die Stadt 490.000, aber niemand habe das Grundstück wollen, heißt es.

Also ging es viel billiger direkt an Weninger, dann keines Gutachtens, dass die Stadt nicht herausgibt.

Weninger verkaufte dann um 660.000 Euro an einem Bauträger weiter, der dann keiner im Kaufvertrag schon angesprochenen Umwettung dann großzügig bauen konnte.

Weningers Gewinn 290.000 Euro.

So ist jetzt Stefan Kappacher.

In einem neuen Bericht hat der Rechnungshof des Pensionswesens deutlich kritisiert und deutlichsten die sogenannte Alters-Sicherungskommission.

Sie habe ihren Auftrag in wesentlichen Punkten nicht umgesetzt.

Dieser Kritik kann der bisher einzige Leiter dieser Kommission auch Großteils nachvollziehen, berichtet Felix Nowak.

Die Alters-Sicherungskommission soll die Nachhaltigkeit des Pensionssystems in regelmäßigen Abständen

prüfen und bei Bedarf Reformen empfehlen.

2017 hätte sie eingerichtet werden sollen, 2019 ist Walter Peltner zum ersten Vorsitzenden bestellt worden.

Schon zwei Jahre später ist er ernüchert zurückgetreten aus Protest gegen die Pensionspolitik der Regierung.

Seitdem ist der Posten unbesetzt.

Die Kommission sei gescheitert, da habe der Rechnungshof Recht, sagt Peltner heute.

Die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit der Alters-Sicherungskommission sind unzureichend, aber auch die Ergebnisse, die die Kommission letztendlich dann doch geliefert hatten, sind ja auch von der Politik negiert worden.

Die Politik, bestehend aus Regierung und Sozialpartnern, habe strukturell zu starken Einfluss auf das Gremium ausgeübt, sagt Peltner.

Experten vom Wirtschaftsforschungsinstitut IHS Statistikaustria sind zwar in diesen Besprechungen dabei, aber haben gar kein Stimmrecht.

Das heißt, Ergebnisse in diesem Rahmen sind, zumindest dass das Langfristgutachten betrifft, immer auch ein politischer Kompromiss.

Dieses Langfristgutachten zum österreichischen Pensionssystem ist 2021 erschienen, vier Jahre verspätet, wie der Rechnungshof kritisiert.

Gänzlich ablehnen will Peltner dieses Papier nicht, die Politik habe nur Details davon beeinflusst.

Das Pensionssystem sei demnach grundsätzlich gesichert, mit Blick auf die demografische Entwicklung gebe es in den nächsten Jahren, aber durchaus Handlungsbedarf, sagt der ehemalige Spitzenbeamte.

Ihm zufolge braucht es längerfristig nicht nur ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter, sondern auch etliche Maßnahmen für einen tatsächlichen späteren Pensionsantritt.

Die Arbeitslosigkeit stärkt derzeit wieder leicht an, wie den Langzeitarbeitslosen allerdings geht die Zahl nach wie vor leicht zurück.

Das AMS versucht darauf zu reagieren, das führt aber bei manchen zu Problemen.

Konkret geht es um Projekte bei sozialen Unternehmen, die vorübergehend langzeitarbeitslose Anstellen,

um ihnen die Rückkehren in Arbeitsmarkt zu erleichtern, berichtet Beate Tomasiewicz.

Betroffen von den Kürzungen sind soziale Unternehmen in ganz Österreich.

Rund 14 Prozent bei den Förderungen soll eingespart werden.

Besonders betroffen, Niederösterreich.

Da soll um ein Drittel gekürzt werden, bis 200 Plätze in den Betrieben könnten wegfallen.

Das AMS Niederösterreich will umstrukturieren und in stärker betroffenen Landesteilen fördern.

Doch das, sehr kurzsichtig gedacht, sagt Maria Nierensee von Arbeit Plus.

Ich weiß von einigen Regionen, die kündigen gerade ihre Leit, weil es einfach keine Häuser mehr verkaufen.

Im Waldviertel geht es schon massiv zu, also das heißt, es verändert sich, auch wenn sie jetzt super rennt.

Wenn man dann wieder mehr Plätze brauchen würde, dann seien die lange gewachsenen Strukturen,

soll heißen die Unternehmen bereits zerstört.

Ob alle Kürzungen, so wie jetzt geplant, umgesetzt werden, ist noch offen.

Es hängt davon ab, wie viel Geld das AMS aus dem Bundesbudget bekommen wird.

Berichtet Beate Tomasiewicz schon genau im 18.11. kommen wir nach Italien.

Italians Infrastrukturminister Matteo Salvini hat das ja schon mehrfach angekündigt.

Heute hat es das Kabinett in Rom auch wirklich beschlossen.

Italien beschreitet in der EU den Rechtsweg wegen der österreichischen Brenner Fahrverbot.

Deine Klage ist, dass noch nicht berichtet, dass Rom Cornelia Vospanik.

Matteo Salvini setzt das heute ungefragt nach am Ende einer Pressekonferenz in Deesum.

Das magere Budget ging, dass die Rechtsregierung nach Brüssel meldet, aber es wird noch mehr Post aus Rom kommen.

Solvini, sprich zwar von Straßburg, meint aber wohl Luxemburg, wenn er erzielt. Erstmals habe der Ministerrat heute beschlossen, das europäische Gericht anzurufen. Und zwar wegen der unilateralen Fahrverbote auf dem Brenner. Heute beginne ein Weg, den man noch nie beschritten habe, sagt Solvini. Aber die Lebensqualität, die Luft, die Lungen, die Arbeit der Italiener, können nicht weniger wert sein als die der Österreicher. Auf Anfrage präzisiert sein Ministerium. Es handelt sich um die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 259 der EU-Verträge. Dieser sieht vor, dass man wegen vermuteter Vertragsverletzungen durch einen anderen Mitgliedstaat den Gerichtshof der EU in Luxemburg anrufen kann. Allerdings muss sich zuerst einmal die Kommission mit der Sache befassen und beide Seiten hören. Nur wenn sie nach drei Monaten keine Stellungnahme abgibt, kann ein Mitgliedstaat den anderen auch direkt klagen. Was der Ministerrat in Rom heute beschlossen hat, ist also noch nicht die Klage, sondern der Beginn eines langen Verfahrens, für das man sich so Solvini in Europa weitere Verbündete gegen Österreich suchen will. In Polen wird es wohl nach den gestrigen Parlamentswahlen zu einem Machtwechsel kommen. Zwei ist die Regierungspartei PiS, Recht und Gerechtigkeit auf Platz eins gekommen, hat aber keine absolute Mehrheit im Parlament. Über die verfügen hingegen die drei liberalen Oppositionsparteien unter der Führung von Donald Tusk und sie haben auch schon eine Zusammenarbeit angekündigt. Alle warten jedenfalls einmal auf das offizielle Wahlergebnis, wie Karin Koller berichtet. Am Tag danach, während hier in Warscha schon die Wahlkarte achtmontiert werden, hat sich Polens Präsident Andrzej Duda zu Wort gemeldet. Die Wahlen seien sicher abgelaufen, sagt er und bedankt sich bei den Wählern. Die Wahlbeteiligung mit fast 73 Prozent der höchsten, seit dem Ende des Kommunismus, sei einfach fantastisch. Noch wird ausgezählt, das offizielle Endergebnis dürfte aber nicht wesentlich von den bisher veröffentlichten Exitpuls abweichen. Demnach hat die Regierungspartei PiS zwar gewonnen, aber sie hat keine Option für eine Koalition. Eine Regierungsmehrheit ist daher nicht in Sicht. PiS-Chef Jarosław Kaczyński hat schon am Wahlarabend eingeräumt, dass das PiS-Projekt auch von der Oppositionsbank ausverfolgt werden könne. Die oppositionelle Bürgerkoalition von Donald Tusk ist auf Platz zwei gekommen. Er sei noch nie so glücklich über einen zweiten Platz gewesen, sagt ein begeisterter Tusk in der Nacht, die Demokratie habe gewonnen. In dem See, ins polnische Parlament hinein, hat es auch die konservativ pro europäische Partei der dritte Weg und die Linke Lewica geschafft. Zu tritt können und wollen sie eine Regierung gegen die PiS bilden. Nun ist Präsident Andrzej Duda am Zug. Er muss den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Die Frage nun ist, ob Duda selbst ein PiS-Politiker den Auftrag an die zwar Stimmen stärkste, aber wenig aussichtsreiche PiS und der Jarosław Kaczyński

gegeben wird oder gleich an die chancenreichere Opposition unter Donald Tusk. Experten gehen davon aus, dass die PiS auf Zeit spielen wird.

Sollte Kaczynski den Auftrag zuerst kriegen und dann scheitern, dann würde Tusk in einem zweiten Schritt eben vom Parlament, wo ja die Opposition die Mehrheit jetzt hat, als primär bestätigt werden.

Es kann also noch dauern, bis eine neue polnische Regierung im Amt sein wird. Berichtet aus Polenkaren-Kollam.

Die EU will die Integration des Westbalkans und die Reformen in dieser Region beschleunigen. Das ist das Hauptziel des Gipfeltreffens in der albanischen Hauptstadt Tirana zwischen sechs Staaten des Balkans und Mitgliedern der EU, wie aus Tirana Christian Wehrschütz berichtet.

Vor neun Jahren rief Deutschland den sogenannten Berlin-Prozess ins Leben. Er soll die wirtschaftliche Annäherung des Westbalkans an die EU beschleunigen und wirtschaftliche und bürokratische Barrieren in der Region abbauen.

Diesem Ziel dient auch die Heute in Tirana vereinbarte, weitere Anerkennung von Diplomen in der Region.

Der albanische Ministerpräsident Edirama

zog nach neun Jahren Berlin-Prozess seine gemischte Bilanz.

Um ein Argument für mehr Hilfe zu illustrieren, nenne ich folgende Zahlen.

Unsere EU-Nachbarn bekommen 4.517 Euro pro Kopf und pro Jahr von der EU.

Dagegen bekommen die sechs Westbalkanstaaten nur 138 Euro pro Kopf und Jahr durch Programme, die die EU finanziert.

Doch auch politisch soll die Einbindung des Westbalkans in die EU rasch erfolgen, und zwar durch eine graduelle Integration,

die Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg so erleitert.

Was hindert uns daran, diese Staaten im Bereich des Binnenmarktes bei der Gemeinschaftspolitik, in der Forschungspolitik näher an uns heran zu binden?

Sie auch in einzelnen EU-Agenturen hineinzunehmen, nichts hindert uns daran.

Diskutiert hat der Gipfel auch einen Plan für Wirtschaftswachstum, den die EU-Kommission derzeit für den Westbalkan ausarbeitet.

Von wo Christian Wehrschütz berichtet hat und wir kommen wieder nach Österreich.

Da ist ja Ende Oktober schulfrei und da wird auch in den heurigen Herbstferien in den öffentlichen Verkehrsmitteln viel los sein.

Die ÖBB stocken das Angebot der Herbstkommenden Freitag auf.

Gleichzeitig gibt es aber auch viele Baustellen im Zugnetz, berichtet Paul Siehorsch.

Die Herbstferien sind traditionell eine Geduldsprobe für Öffennutzerinnen und Nutzer.

Viele sind mit dem Zug unterwegs und heuer gibt es zu den mehrere Baustellen.

Wer nach Tirol oder Veralberg will, braucht besonders viel Geduld.

Am deutschen Eck gibt es schon ab heute eine Baustelle.

Es gibt Umleitungen bzw. Schienenersatzverkehr.

Die Bauarbeiten auf der Arlbergstrecke werden den Ferienverkehr ebenfalls beeinflussen.

Zwischen Öztal und Blutens gibt es einen Schienenersatzverkehr.

Verstärkerzüge sollen mehr Sitzplätze bieten, heißt es von den ÖBB.

Allerdings können aufgrund der Baustellen auf der Weststrecke nur eingeschränkt aufgestockt

werden.

Auf der Südstrecke werden 26 zusätzliche Verbindungen eingerichtet zwischen Villerch und Wien. Komfort wird aber wohl eine untergeordnete Rolle spielen in Ferienverkehr.

Immer noch fehlen die bestellten neuen Personenzüge.

Es wird also viel altes Wagenmaterial auf Schiene sein.

Wie sehr das politische Privat werden kann, sieht man dieser Tag in Veralberg.

So wird in der Bundespolitik in regelmäßigen Abständen die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer diskutiert.

Und weil doch kommendes Jahr Wahlen abgehalten werden und weil man ja nie weiß.

Erhalten Anwälte und Notare in Veralberg immer mehr Anfragen wegen Schenkungsverträgen, berichtet Bettina Brändergast.

Fast jeden Tag melden sich besorgte, begüterte Bürger bei Notarichhard Forster.

Weil sie ihren Kindern beispielsweise ihr Haus schenken wollen,

bevor ein neuer Finanzminister möglicherweise wieder Erbschaftssteuer kassiert.

Forster sagt, dass man nichts überstürzen muss, gewählt wird nächstes Jahr und bis ein neues Gesetz ausgearbeitet ist, dauert es ja auch noch.

Wir gehen davon aus, sollte es in Änderung kommen, wird eine kurze Übergangsfrist sein.

Das bedeutet jetzt einfach überlegen, damit man da an schnell reagieren kann.

Es wird ja immer wieder von einer Erbschaftssteuer ab einer Million Euro Nachlassvermögen gesprochen.

Das ist kein besonders hoch angesetzter Wert, sagt Forster.

Dann würde es natürlich die Voralberger Familien viel viel stärker treffen

als eine steiermärkische oder eine burgenländische Familie.

Warum? Das liegt auf der Hand. Die Immobilienpreise in Voralberg sind um ein vielfaches höher.

Auch bei den Rechtsanwälten gehen mehr Anfragen wegen der Erbschaftssteuer ein.

Thomas Willeit hat sich auf Erbrecht spezialisiert.

Er bemerkt auch, dass mehr Menschen klar regeln wollen, dass zum Beispiel der Partner was bekommt,

wenn man nicht verheiratet ist und dass so manches Kind leer ausgeht.

Willeit fällt außerdem auf. Die katholische Kirche erbt heute weniger als früher.

Dafür tauchen in Testamenten immer wieder soziale Organisationen als Erben auf, zum Beispiel die Kindergräbshilfe.

Wir richten jetzt Bettina Prendergast aus Voralberg.

In der September ist ein Bezirk gerade zum Geben und ein Einfamilienhaus in Flammen aufgegangen,

nach wirklich intensiven Ermittlungen der Kriminalpolizei mit viel klein und klein

wurde nun eine 55 Jahre alte Frau als mutmaßliche Brandstift darin ausgeforscht,

ausgerechnet die Ex-Freundin des Hauseigentümers Berchtet Karren Kathrin Erhardt.

Am Abend des 30. September geht das Einfamilienhaus in Schadendorf bei Liborch in Flammen auf.

Ein Nachbar bemerkt den Brand und alarmiert den 50 Jahre alten Mieter des Hauses.

Er und seine 38 Jahre alte Freundin sind im Wohnhaus,

haben das Feuer aber noch nicht bemerkt.

Sie können sich unverletzt in Sicherheit bringen.

Die Feuerwehr ist mit einem Großaufgebot am Brandort,

die angrenzende Packerstraße aufgrund der Löscharbeiten stundenlang gesperrt.
In einem an der Straßensperre wartenden Linienbus sitzt eine 55 Jahre alte Kratzerin.
Sie sieht, wie das Haus ihres Ex-Freundes teilweise niederbrennt.
Aufmerksame Polizisten, die in der Brand nach dem Einsatz sind,
geben den danach ermittelten Kriminalisten einen wichtigen Hinweis.
Der führt die Beamten nach intensiven Ermittlungen zu der Frau.
Der Hausbewohner soll sich etwa zwei Wochen vor dem Brand
per Messenger-Nachricht von der Kratzerin getrennt haben, heißt es von der Polizei.
In den Befragungen durch die Ermittler streitet die 55-Jährige bisher jeden Zusammenhang mit dem
Brand ab.
Sie gibt zwar an, mit dem Taxi zu dem Haus gefahren zu sein,
verwickelt sich über weitere Details aber in Widersprüche.
So will sie etwa mit ihrem Ex-Freund gesprochen haben, was dieser aber bestreitet.
Es habe keinen Kontakt zu der Frau gegeben, sagt er.
Dass der Brand im Einfamilienhaus gelegt wurde, steht für die Ermittler fest.
Die Kratzerin sitzt nun in der Justizanstalt Jakomini in Haft.
Plätze in der Justizanstalt wären auch für drei Männer in Wien reserviert.
Die Polizei sucht nämlich nach Ihnen.
Es wurde nämlich bereits zum dritten Mal in ein Geschäft,
eines Luxusmode-Händlers in der Wiener Innenstadt eingebrochen.
Die Polizei geht da eben von drei Einbrechern aus.
Im April und im September wurden schon die anderen Filialen von Amidjis,
so der Name des Geschäftsheims, heimgesucht, berichtet Nikola Kratzer.
Ob es dieselben Täter waren, ist laut Polizei unklar.
Aber auch diesmal seien vermutlich drei Männer bei Amidjis eingebrochen.
Es gebe Videoaufzeichnungen.
Ein Zeuge hat gestern um 7 Uhr früh in der Seilerstätte eine Alarmanlage gehört,
die beschädigte Eingangstüre des Luxusmoden Outlet gesehen
und die Polizei alarmiert.
Bei deren Eintreffen waren die Einbrecher weg.
Sie dürften die Türe mit einer Brechstange aufgebrochen haben,
das Fluchtauto sei in der Nacht davor gestohlen worden.
Die mutmaßlichen Täter hätten einiges an Bekleidung mitgenommen.
Im April wurde in das Herrn-Mode-Geschäft von Amidjis am Wildbrettmarkt
mit einem PKW als Rambock eingebrochen.
Die Schadenssumme laut Polizei damals in einem sechststelligen Bereich.
Vor zwei Wochen dann ein weiterer Einbruch mit PKW
und wieder wurde teure Kleidung entwendet.
Berichtet Nikola Karatsaus-Wien und in Niederösterreich
am Truppenübungsplatz in Allensteig ist es am späten Nachmittag
zu einem schweren Panzerunfall gekommen.
Mit wohl einem toten und schwer verletzten Berichtet Viktor der Waldhäusel.
Gegen 5 Uhr am Abend ist ein Kampfpanzer des Panzerbataillons
14 im Bereich der Seebrücke umgekippt.

Vier Soldaten waren da gerade in den Panzer.

Aber laut Bundesheersprecher Michael Bauer dürfte ein Soldat gestorben und ein anderer eingeklemmt und schwer verletzt worden sein.

Bestätigt ist das aber noch nicht.

Wie es den beiden anderen Soldaten geht, darüber gibt es noch keine Informationen.

Mehrere Notarzwägen und mindestens ein Hubschrauber sind im Einsatz.

Wie es zu dem Unfall gekommen ist und ob er bei einer Übung passiert ist, ist ebenfalls noch unklar.

Und noch ins nachrichten Studium zu Otto Treinacher.

Die israelische Ermeee hat vor kurzem den Tod des Hamas-Geheimdienstchefs in Kanyunis bekannt gegeben,

demnach sei er bei einem Luftangriff im Süden des Gaserstreifens getötet worden.

Die Armee veröffentlichte auf Ex, vor mal Twitter, auch ein Video des Angriffs von heute früh.

Der Name wird nicht genannt.

Russlands Generalstaatsanwaltschaft hat die Central European University in Wien, kurz CEU, zur unerwünschten Organisation erklärt.

Die Zusammenarbeit mit der von George Sörosch im Budapest gekündeten Privatuni,

die nach Schwierigkeiten mit der ungarischen Regierung 2019 nach Österreich übersiedelte, wird nach russischem Recht somit potenziell strafbar.

Begründet wird die Maßnahme mit einer Positionierung der CEU gegen die Politik von Vladimir Putin.

Bei den KV-Verhandlungen der Metaller machen die Arbeitnehmer Druck.

Wenn auch die dritte Runde am kommenden Freitag scheitert, soll es Betriebsversammlungen geben, so die Gewerkschaft.

Sie fordert ein Lohnplus von 11,6 Prozent.

Die Arbeitgeber bieten derzeit 2,5 Prozent und eine Einmalzahlung von gut 1.000 Euro.

Vor dem Landhaus in St. Pölten haben angehende Musikschulpädagoginnen und Pädagogen gegen die geplante Dienstrechtsreform protestiert.

Sie befürchten Verschlechterungen für Teile des Lehrpersonals.

Eine Novelle des Musikschulgesetzes sieht zudem den Zusammenschluss kleinerer Musikschulen zu größeren Verbänden vor.

Das Wetter morgen, zeitweise Sonnig, stellenweise gibt es Frühnebel und am Nachmittag auch einige dichtere Wolken.

Um Wien weht lebhafter Südostwind und die Temperaturen erreichen meist 9 bis 16 Grad.

Na, Gärtä, drei Nachher, das war auch das Abendjournal schon am 16.10.2023.

Sabine Heiner Technik, Franz-Rena Regis und andere Vanir-Journal-Themen.

Heute Abend weiter geht es hier mit einer Journal-Panorama-Live-Diskussion mit Elisabeth Walsch.

Copyright WDR 2020